



Niederschrift

Finanzausschusses (77. Sitzung) und **Bildungsausschusses** (37. Sitzung)

20. Wahlperiode

am Donnerstag, dem 28. November 2024, 15 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender des Finanzausschusses
Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender des Bildungsausschusses
Martin Balasus (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)
Christopher Vogt (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/2500	
	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/2501	
2.	Verschiedenes	20

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2500](#)

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2501](#)

(überwiesen am 16. Oktober 2024)

Einzelplan 10

**Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,
Integration und Gleichstellung**

[Umdrucke 20/3980](#), [20/3984](#), [20/4046](#)

Der Finanzausschuss setzt die Beratungen über Einzelplan 10 ohne den Sozialausschuss fort, der eine eigene Sitzung durchführt.

Kapitel 10 09 – Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen und Krämer zu Titel 684 16 – Ergänzende Förderung zur Sicherung der Migrationsberatung angesichts der akuten Bedarfslage – antwortet Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies, auf Basis des MPK-Beschlusses habe der Bund Extramittel zur Stärkung der Migrationsberatung zur Verfügung gestellt (500.000 Euro für Schleswig-Holstein). Im Haushaltsjahr 2024 nicht ausgegebene Gelder wolle man ins Haushaltsjahr

2025 übertragen. – Abgeordnete Raudies bittet das Sozialministerium, die Ausschüsse über die Verteilung und Bedingungen der Förderung zu informieren.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies und Krämer zu Titel 684 08 – Förderung freiwilliger Rückkehr und nachhaltiger Reintegration – sagt Staatssekretärin Schiller-Tobies nähere Informationen zu.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 428 04 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Notkredit) – räumt Staatssekretärin Schiller-Tobies ein, dass Stellen aus verschiedenen Gründen nicht besetzt gewesen seien.

Zu Titel 526 09 – Dolmetscherkosten (Notkredit) – bittet Abgeordnete Krämer um eine Liste der eingereichten Dolmetscherrechnungen. Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu den Titeln 533 04 und 533 08 – Unterhaltungskosten für Flüchtlingsunterkünfte – teilt Staatssekretärin Schiller-Tobies mit, in der Landesunterkunft in Seedt seien fast ausschließlich ukrainische Flüchtlinge untergebracht, auch in Kiel und Glücksstadt seien ukrainische Flüchtlinge untergebracht.

Kapitel 10 12 – Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement/Landesjugendamt

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 533 04 – Erstattung an ärztliche Beratung, Schwangerschaftskonflikt – teilt Frau Wilke-Wolff, Leiterin des Referats Familienpolitik im Sozialministerium, mit, das Projekt sie nie richtig angelaufen. Ärztinnen und Ärzte deckten den medizinischen Teil der Beratung ab und verwiesen auf die Beratungsstellen.

Bei Titel 633 05 – Verbraucherinsolvenzberatung – verweist Abgeordnete Raudies auf das Votum des Landtags.

Sozialstaatssekretär Albig teilt mit, dass die Gespräche mit den Kommunen über die Frage, ob es zukünftig die Förderung aus einer Hand geben solle, noch nicht abgeschlossen sei.

Abgeordnete Raudies lobt das.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 684 42 – Modellvorhaben Landesweite Koordinierungsstelle zur Förderung von selbstorganisierten Zusammenschlüssen zur Selbstvertretung in der Pflegekinderhilfe – teilt Staatssekretär Albig mit, unterschiedliche Vereine könnten sich für das Modellprojekt bewerben; es gehe um Pflegekinder.

Zu Titel 681 01 – Zuschüsse für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements bitten die Abgeordneten Raudies und Krämer das Ministerium um eine Liste der Zuschussempfänger, der Erstattungshöhe und der Förderzwecke. Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Krämer antwortet Herr Haupt, Referatsleiter im Sozialministerium, die Jugendwerke würden über den Bund gefördert. Aktuell gebe es keine Förderanträge zur deutsch-tschechischen Jugendarbeit, zur deutsch-russischen Jugendarbeit oder zur deutsch-griechischen Jugendarbeit. Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 633 09 – Zur Unterstützung von Familienzentren – erwidert Staatssekretär Albig, eine Erhöhung der Landesförderung sei aufgrund der Haushaltssituation des Landes nicht vorgesehen. Über die Mittelverteilung entschieden die örtlichen Träger der Jugendhilfe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 633 39 – Modellvorhaben Kommunale Präventionsketten – teilt Staatssekretär Albig mit, es lägen drei Anträge von kreisfreien Städten und drei Anträge von Landkreisen vor. Man stehe kurz vor der Entscheidung, welche kreisfreie Stadt und welchen Kreis man auswähle.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 633 18 – Förderung von Projekten der örtlich zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Kinder- und Jugendhilfe mit besonderen Unterstützungsbedarfen – bestätigt Staatssekretär Albig, dass das Land aufgrund der Haushaltssituation in diesem Bereich künftig keine Anschubfinanzierung mehr leisten könne.

Abgeordnete Raudies bedauert, dass das Land insbesondere in den Kreisen Pinneberg und Steinburg keine entsprechenden Projekte mehr unterstützen werde.

Abgeordnete Krämer problematisiert die Aufstockung von Rücklagen für Kita, Asyl/Flüchtlinge und Unterkünfte für Asylsuchende ([Umdruck 20/3984](#), Anlage 3).

Kapitel 12 10 – Hochbaumaßnahmen

Zu Titel 711 02 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Notkredit) – bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung um eine Liste der finanzierten Maßnahmen.

Kapitel 16 10 – IMPULS

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 893 04 – Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der Kurzzeitpflege (Notkredit) – antwortet Staatssekretär Albig, man habe die Mittel der Stadt Flensburg zum Abruf zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der solitären Kurzzeitpflege sei bedauerlicherweise nicht auskömmlich.

(Unterbrechung: 16:00 bis 16:10 Uhr)

Einzelplan 07

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

[Umdrucke 20/3787](#), [20/3975](#), [20/3984](#), [20/4031](#), [20/4104](#) und
vertraulicher [Umdruck 20/3991](#)

Bildungsministerin Prien führt in Einzelplan 07 ein (Sprechzettel [Umdruck 20/4104](#)). Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, es sei gemeinsame Verabredung der Koalitionsfraktionen, das Übergangssystem wie in Hamburg etwas schlanker zu gestalten, um Schülerinnen und Schülern früher den Zugang zu einer vollschulischen oder dualen Berufsausbildung zu ermöglichen. Eine Entscheidung zur Abschaffung der Berufsfachschule I sei nicht gefallen. Es werde bei der Berufsfachschule I und III sukzessive Kapazitätsreduzierungen geben. Das endgültige Konzept werde man in den Koalitionsfraktionen nächste Woche beraten und könne es danach gern im Bildungsausschuss vorstellen. Eine abschließende Entscheidung sei dazu noch nicht gefallen.

Zur Nachschiebeliste werde das Bildungsministerium in den Bereichen Schulpsychologen, Schulbau und Hochschulbau Anmeldungen tätigen.

Man wolle auch bei den Klassengrößen an Gemeinschaftsschulen und den Gruppengrößen in der Oberstufe mehr Effizienz durch Vorgabe einer Mindestgruppengröße erreichen, ohne den Klassenteiler zu erhöhen.

Mit den Hochschulen befinde man sich zum Thema Haushaltskonsolidierung in einem konstruktiven Dialog. Man wolle den Zuweisungsschlüssel der Grundbudgets verabredungsgemäß ändern und die Parameter des Zukunftsvertrags Studium und Lehre anpassen. Man plane, zum Sommersemester 2026 eine Verwaltungsgebühr von 60 Euro pro Semester durch das Studentenwerk zu erheben.

Bei Überlegungen zur Änderung des Referendariats gehe es darum, die drei Phasen der Lehrkräftebildung besser als bisher miteinander zu verzahnen. Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes, die die Ständige Wissenschaftliche Kommission in ihrem Gutachten erwähne, sei ein denkbarer Aspekt, sei aber als isolierte Maßnahme nicht geeignet. Man werde ein Gesamtkonzept entwickeln und im Bildungsausschuss zur Diskussion stellen.

Die Mittel für die Musikschulen würden auch deshalb fast verdoppelt, weil man die Musikschulen als Partner im schulischen Ganztags deutlich mehr als bisher brauche. Für die Ausweitung des Ganztags stelle man zusätzlich einen Betrag von 500.000 Euro bereit. Außerdem sei es gelungen, ab dem Schuljahr 2025/26 fünf zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen, um in den Ausbau des gebundenen Ganztags zu gehen.

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke teilt mit, die Aufgabenteilung bei den Schulpsychologen habe sich bewährt und solle beibehalten werden.

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt kündigt an, man strebe an, sich Anfang 2025 mit den Hochschulen über die Neuverteilung der Budgets zu einigen; dann könne man das neue System präsentieren. Man sei in gutem Austausch mit dem Landesverband der Musikschulen, der einen Teil der zusätzlichen Gelder nutzen wolle, um Konsolidierungen zu unterstützen. Die Haushaltsmittel würden im Wesentlichen nach dem bestehenden Verteilungsschlüssel auf die Musikschulen verteilt. Die für die kommunalpolitische Bildungsarbeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel seien deutlich höher als im Jahr 2022; die Kürzung treffe im Wesentlichen die Hermann Ehlers Stiftung.

Kapitel 07 01 – Ministerium

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – bekräftigt Ministerin Prien das Ziel, die Schulaufsicht zu stärken, um mehr Fachlichkeit und Wissenschaftlichkeit in die Schulen zu bringen und die Unterrichtsqualität zu verbessern. Man sei dabei, ein Konzept zur Veränderung der Schulaufsicht zu entwickeln.

Staatssekretärin Dr. Stenke ergänzt, man wolle die fachaufsichtlichen Fragen sukzessive von den schulaufsichtlichen Fragen (Schulentwicklung, Steuerung) trennen und dabei mit den Fächern Mathematik und Deutsch beginnen.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 422 02 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Notkredit) – teilt Staatssekretärin Dr. Stenke mit, knapp 200 ukrainische Lehrkräfte erfüllten die Voraussetzungen für einen Anpassungslehrgang, um in Schleswig-Holstein als reguläre Lehrkraft beschäftigt zu werden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – antwortet Herr Runde, stellvertretender Referatsleiter im Bildungsministerium, die Evaluation eines DaZ-Mehrstufenmodells sei auf zwei Jahre angesetzt; nach einem Jahr solle es einen Zwischenbericht geben.

Kapitel 07 03 – Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 422 05 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – erwidert Ministerin Prien, sie halte es für vertretbar, die Zahl der Ausgleichsstunden für die pädagogische Umsetzung der Digitalisierung an Schulen nach einer Anschubphase um 25 Prozent zu reduzieren.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zu Titel 527 05 – Reisekosten der Berufsbildenden Schulen – teilt Herr Rosenthal, Haushaltsbeauftragter des SHIBB, mit, eine Summe von 119.000 Euro sei an die Regionalen Berufsbildungszentren für die Zahlung von Reisekosten ihrer Lehrkräfte gegangen. Die tatsächlich anfallenden und abgerechneten Reisekosten seien schwer planbar.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 533 11 – Jugendaufbauwerk – betont Ministerin Prien noch einmal die Notwendigkeit, jungen Menschen, die nicht ohne Weiteres in eine Ausbildung oder einen Beruf gebracht werden könnten, bessere Angebote zu machen. Über das Thema Effizienz des Übergangssystems und der Jugendaufbauwerke sei man mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jugendaufbauwerken im Gespräch.

Auf eine Frage des Abgeordneten Plambeck zu Titel 684 03 – Jugendaufbauwerk – antwortet Staatssekretärin Dr. Stenke, man warte auf die Planungen der Jugendaufbauwerke für 2025. Es gehe insbesondere darum, die Integration junger Geflüchteter zu verbessern.

Auf Fragen der Abgeordneten Habersaat, Waldinger-Thiering und Harms zu Titel 633 06 – Jugendberufsagenturen – erwidert Ministerin Prien, die Jugendberufsagenturen leisteten eine wichtige Aufgabe. Sie wünsche sich eine Stärkung der Standardisierung und Qualität und werde schriftlich nachreichen, welche Förderungen 2025 geplant seien.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 533 05 – Werkverträge, Qualifizierungsmaßnahmen für internationale Fachkräfte und Ausbildungsinteressierte im Bereich der Gesundheitsberufe – antwortet Ministerin Prien, die Qualifizierung von Fachkräften aus dem Ausland sei zentraler Bestandteil der Fachkräftestrategie des Landes. Wenn die Bedarfe an Qualifizierungsmaßnahmen zunehmen, werde man sich bemühen, zusätzliche Haushaltsmittel einzuwerben.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 427 67 – Beschäftigungsentgelte für DaZ-Unterstützungskräfte – sagt Herr Rosenthal zu, Anforderungsprofil und Einstufung der Unterstützungskräfte schriftlich nachzuliefern.

Kapitel 07 05 – Startchancen-Programm 2024 bis 2034

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 536 02 – Durchführung von Kooperationen – teilt Ministerin Prien mit, im Rahmen der zweiten Säule des Startchancen-Programms hätten die Schulen die Möglichkeit, die Unterstützung von Kooperationspartnern einzukaufen.

Kapitel 07 06 – Minderheiten und Grenzverbände

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 684 05 – Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen einer Kooperation mit dem BMZ zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern sowie der Krisenbewältigung und -prävention im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik – erwidert Herr Grundmann, Referatsleiter im Bildungsministerium, wenn wie in den letzten Jahren kaum Mittel abfließen, werde man über die Einstellung dieses Titels nachdenken.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 684 07 – Kulturroute „Kulturelle Vielfalt“ – teilt Herr Grundmann mit, dieser Titel werde künftig wegfallen, weil sich trotz vieler Bemühungen kein Projektträger gefunden habe.

Kapitel 07 07 – Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Auf eine Frage von Herrn Dr. Badenhop, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, zu Titel 422 10 – Planstellen der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst für die Schularten Grundschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Förderzentrum – antwortet Ministerin Prien, die zusätzlichen 90 Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst an Gymnasien gingen nicht zulasten der anderen Schularten, sondern würden aus dem Gesamtbudget finanziert.

Kapitel 07 10 – Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Auf Fragen aus dem Ausschuss zur Ersatzschulfinanzierung (Titel 233 18) stellt Ministerin Prien klar, die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft sinke von 82 auf 80 Prozent; die Schulen der dänischen Minderheit würden gemäß der Landesverfassung zu 100 Prozent gefördert. Die Kürzung bei den Schulen in freier Trägerschaft sei vertretbar, weil die Schülerkostensätze in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren massiv gestiegen seien und das Land auch bei den öffentlichen Schulen spare. Schulen in freier Trägerschaft hätten in den letzten Jahren nahezu von allen Förderprogrammen (Schulbau) partizipiert. Zur Höhe der Sachkosten/Zusammensetzung des Warenkorb sei man mit den freien Schulen in Verhandlungen; gegebenenfalls werde man hier Änderungen im nächsten Haushalt vornehmen. Der Innovationswettbewerb zwischen öffentlichen und freien Schulen sei grundsätzlich zu begrüßen; die Privatschulquote sei in den östlichen Bundesländern deutlich höher, in Schleswig-Holstein besuchten 5 bis 6 Prozent der Kinder eine Privatschule.

Herr Grundmann teilt ergänzend mit, die Schulgeldgrenze sei an den Schulen in freier Trägerschaft von 117 Euro monatlich auf 210 Euro monatlich angehoben worden.

Eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 533 19 – 2P Potenzial & Perspektive in Schleswig-Holstein – beantwortet Ministerin Prien dahin, die Software sei ein Beitrag zur Qualitätsverbesserung, bevor die Ergebnisse der DaZ-Evaluation und das entsprechende Kurzgutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission vorlägen.

Herr Runde ergänzt, es handele sich um ein Analyseverfahren, das helfen solle, die Entwicklung des Sprachstandes von Schülerinnen und Schülern zu diagnostizieren, und bereits in

anderen Bundesländern laufe. Die Software werde derzeit weiterentwickelt und um ein Lern-tool ergänzt, um Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 533 21 – Evaluation der neuen Oberstufe – antwortet Ministerin Prien, die Evaluation sei abgeschlossen, und man nutze die Haushaltsmittel, die innerhalb der Maßnahmegruppe 21 deckungsfähig seien, zur Erstellung des Bildungsberichts.

Zu Titel 535 21 – Regiekosten zur Qualitätssicherung sowie Aufbau und Durchführung einer internen Evaluation – antwortet Ministerin Prien, man entwickle für alle Jahrgangsstufen die Lernstandserhebungen weiter, übernehme zum Teil in anderen Bundesländern erprobte Modelle und passe sie schleswig-holsteinischen Verhältnissen an.

Staatssekretärin Dr. Stenke ergänzt, außerdem gehe es um die Finanzierung von Tagungen und Veranstaltungen insbesondere zur Nutzung digitaler Möglichkeiten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 671 26 – Erstattungen für Maßnahmen zur Qualitätssicherung und internen Evaluation – sagt Staatssekretärin Dr. Stenke zu, die Erläuterung „2025 sind 105,0 T€ für die wissenschaftliche Begleitung von Evaluationen und den Schulpreis Schleswig-Holstein geplant“ zu überprüfen und anzupassen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 685 27 – Evaluation des Absentismuskonzepts durch die Universität Leipzig – teilt Ministerin Prien mit, die Studie, die in Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Flensburg erarbeitet werde, sei auf drei Jahre angelegt und solle im Jahr 2026 vorliegen. Man erhalte jährlich einen Zwischenbericht und wolle daraus bereits Schlussfolgerungen ziehen.

Kapitel 07 11 – Grundschulen

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – antwortet Ministerin Prien, die Absenkung der Unterrichtsversorgung um 200 Stellen auf mindestens 100 Prozent bedeute zum Beispiel für die Grundschulen 50 Stellen weniger. Für die Unterrichtsvertretung gebe es verschiedene Instrumente, unter anderem die Beschäftigung externer Kräfte. Der Vertretungsfonds werde regelmäßig ausgeschöpft und sei nicht abgesenkt worden. Aufgrund aktueller Rechtsprechung werde man die Schulen und Schulämter anweisen, bei der Beschäftigung von Vertretungskräften genauer auf die Befristungsgründe zu achten. Menschen, die über keine pädagogische Ausbildung verfügten, könne man nicht als Lehrkräfte, sondern als pädagogische Unterstützungskräfte dauerhaft beschäftigen (Schulassistenz, Vertretungskraft).

Kapitel 07 13 – Außerunterrichtliche schulartübergreifende Aufgaben

Auf eine Frage von Herrn Dr. Badenhop zu Titel 422 01 – Begabtenförderung – bestätigt Ministerin Prien, dass es sich um einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung handele.

Staatssekretärin Dr. Stenke verweist in diesem Zusammenhang auf die gemeinsame Initiative von Bund und Ländern „Leistung macht Schule“ zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler.

Kapitel 07 17 – Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Zu Titel 525 15 – Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer – möchte Abgeordneter Habersaat wissen, welche Fort- und Weiterbildungen von der Haushaltskürzung betroffen seien und inwieweit Fort- und Weiterbildungen für fachfremd unterrichtende Lehrkräfte (zum Beispiel in Mathematik) betroffen seien. – Ministerin Prien sagt eine schriftliche Antwort zu.

Kapitel 07 20 – Hochschulen

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 526 26 – Kosten für Sachverständige, Gutachten im Hochschulbereich – teilt Staatssekretär Wendt mit, Herr Dr. Goll berate und unterstütze den Prozess zur neuen Ziel- und Leistungsvereinbarung mit den Hochschulen.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 683 42 – Zuschuss für Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in der Lehre – sagt Staatssekretär Wendt zu, die Ausschüsse über den aktuellen Sachstand der Gespräche zum Aufbau eines Inklusionszentrums schriftlich zu unterrichten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 684 69 – Zuweisungen für Maßnahmen zur Erhaltung schriftlichen Kulturgutes und zur Förderung des Open Access – erwidert Ministerin Prien, nachdem das Land eine Anschubfinanzierung geleistet habe, sei es vertretbar, dass es jetzt keine zusätzlichen Fördermittel mehr gebe. Die Umsetzung von Open Access finanzierten die Hochschulen mit eigenen Mitteln.

Kapitel 07 21 – Innovation und Hochschulmedizin

Zu Titel 682 04 – Zuschuss zur Deckung der Kosten für Kostenausreißer in der stationären universitären Krankenhausversorgung, die nicht durch Leistungen anderer Kostenträger abgedeckt werden – bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung um nähere Informationen zu der Zuschusskürzung gegenüber dem Beteiligungsausschuss.

Auf eine Frage des Abgeordneten Krüger zu Titel 682 08 – Zuschuss für das Projekt FRISH zur Erforschung von Langzeitfolgen von Infektionserkrankungen wie COVID 19 – teilt Staatssekretär Wendt mit, die Auswertung des Forschungsprojekts laufe, die Ergebnisse würden im Jahr 2025 öffentlich vorgestellt.

Kapitel 07 23 – Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 526 26 – Kosten für Sachverständige und Gutachten im Forschungsbereich – teilt Ministerin Prien mit, die Visualisierung der Forschungsschwerpunkte und Forschungsprojekte (Forschungslandkarte) solle ein Beitrag zur Stärkung der Forschungsk Kooperation im norddeutschen Raum bilden; Schleswig-Holstein habe im Jahr 2025 den Vorsitz in der Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz inne.

Kapitel 07 24 – Leistungen für Schülerinnen und Schüler und Studierende

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zu Titel 894 01 – Zuschüsse zur Maßnahme Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ im Studierendenbereich – weist Staatssekretär Wendt darauf hin, es gebe eine Verlagerung von Haushaltsmitteln an das Innenministe-

rium, das das Programm „Junges Wohnen“ umsetze. Damit geplante Projekte umgesetzt werden könnten, habe man dem Studierendenwerk durch Mittelumschichtung einen Eigenkapitalzuschuss zugutekommen lassen.

Kapitel 07 40 – Kulturförderung

Zu Titel 684 04 – Spartenübergreifende Kulturprojekte – fragt Abgeordneter Habersaat, welche Projekte gefördert würden und wie viele Haushaltsmittel für weitere Projekte aus welchen Bereichen noch nicht gebunden seien. – Ministerin Prien sagt eine schriftliche Antwort zu.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 685 21 – Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf – stellt Staatssekretär Wendt klar, dass bei Bildung und Vermittlung der Landesmuseen nicht gespart werde.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 684 09 – Zuwendungen an Musikschulen – antwortet Staatssekretär Wendt, der Landesverband der Musikschulen erhalte einen Betrag in Höhe von 150.000 Euro, um dem Wunsch kleinerer Musikschulstandorte Rechnung zu tragen, mit größeren Musikschulstandorten zu kooperieren.

Zu Titel 684 12 – An das St. Nicolaiheim Sundsacker e.V. zur Durchführung der inklusiven Schlei-Akademie – stellt Staatssekretär Wendt klar, man sei mit den Betroffenen im Gespräch und verfolge das Ziel, den Träger weiter zu begleiten und nach anderen finanziellen Lösungen zu suchen, zum Beispiel mithilfe der Sparkassen.

Zu Titel 684 46 – Zuwendung an die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein – bittet Abgeordnete Raudies die Landesregierung um einen aktuellen Bericht zur Zukunft der Filmförderung.

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 684 11 – Förderung der Provenienzforschung in Museen – beantwortet Ministerin Prien dahin, man behalte die Provenienzforschung im Auge; wenn es einen Förderantrag geben sollte, werde man nach einer finanziellen Lösung suchen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 893 07 – Investitionsprogramm Kulturelles Erbe – antwortet Ministerin Prien, man sei bei der Einwerbung von Bundesmitteln in den letzten Jahren sehr erfolgreich gewesen, und man sei auch zukünftig auf Drittmittel angewiesen.

Kapitel 07 41 – Kirchen- und Religionsangelegenheiten

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 684 05 – Zuwendung an die SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V. – antwortet Herr Dr. Salamon-Menger, Leiter der Kulturabteilung im Bildungsministerium, die SCHURA habe die Zuwendung des Landes bisher vor allem für eine binnenmuslimische Bildungsarbeit für Frauen genutzt. Man werde das Projekt evaluieren und sei im Gespräch mit der SCHURA über die Frage, wie eine interreligiöse Frauenarbeit realisiert werden könne.

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 685 02 – Förderung des interkulturellen Dialogs von jungen Menschen – bestätigt Ministerin Prien, dass es an dieser Stelle offensichtlich keinen Förderbedarf gebe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 687 01 – Landeszuwendungen an kleine Kirchen und kirchliche Organisationen – verweist Staatssekretär Wendt auf die vertragliche Vereinbarung zur Kirchenförderung. Die drei von der Haushaltskürzung betroffenen Gemeinden müssten die Gelder zukünftig in eigener Verantwortung aufbringen (Mitgliedsbeiträge).

Kapitel 07 46 – Erwachsenenbildung

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zu Maßnahmegruppe 02 – Kommunalpolitische Bildungsarbeit – sagt Staatssekretär Wendt zu, den Verteilungsschlüssel schriftlich nachzureichen. – Abgeordneter Krüger möchte wissen, welche politischen Stiftungen in welcher Höhe von den Haushaltskürzungen betroffen seien.

Eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zu Titel 687 01 – Förderung der israelisch-palästinensischen Bildungs- und Begegnungsstätte Givat Haviva – beantwortet Ministerin Prien dahin, zu dieser Haushaltsstelle gebe es Gespräche.

Kapitel 12 12 – Ausbau und Neubau von Hochschulen

Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat zu Titel 713 34 – Kostenerstattung an die GMSH für Organleihe – antwortet Staatssekretär Wendt, die Kostenerstattung gegenüber der GMSH richte sich nach den Ist-Kosten; eine vermehrte Bautätigkeit schlage sich auch in diesem Titel nieder.

Kapitel 16 07 – IMPULS

Bei Titel 893 25 – Zuweisungen an Schulträger für Investitionen im Schulbau – möchte Abgeordnete Raudies wissen, für welche Investitionsmaßnahmen die genannten Beträge angefallen seien.

2. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 4. Dezember 2024 statt.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 19:40 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer